



Unterhaltung städtischer Gebäude kostet 14,5 Mio. DM!

Im Frühjahr 1992 wurde die Verwaltung vom Rat beauftragt, eine Finanz- und Maßnahmenplanung für die Unterhaltung der städtischen Hochbauten vorzulegen. Die mit der Bauunterhaltung betraute Architektengemeinschaft Stamm/Poggemann konnte im Herbst eine Bestandaufnahme der notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen der Stadt übergeben. Die AKU (Akademie für kommunalen Umweltschutz) erarbeitet zur Zeit Vorschläge, die eine Energieeinsparung bei Gebäuden und Heizungsanlagen vorsehen. Der

Unterhaltungsplan "Hochbau" muß natürlich jedes Jahr fortgeschrieben werden. Es können sich ja neue – heute noch nicht absehbare – Veränderungen ergeben. Die bis jetzt ermittelte Gesamtsumme für die aus heutiger Sicht erforderlichen Maßnahmen hat eine Größenordnung von 14,5 Mio. DM. Die Mittelansätze für 1993 in Höhe von 1,37 Mio. DM machen also noch nicht einmal ein Zehntel der Summe aus. Es ist daher abzusehen, daß die bisher erkannten Schäden bei der weitaus zu niedrigen Ansetzung

von Haushaltsmitteln bis zum Jahre 2000 nicht zu beheben sind. Vielmehr wird auch hier gelten, daß ein Zuwarten bei der Gebäudeunterhaltung schließlich zu einer Verteuerung führen wird. Immerhin handelt es sich bei den zu unterhaltenden Gebäuden um 6000 qm Fensterflächen, 20.000 qm Außenwände und 30.000 qm Dachflächen.

Die SPD hat nicht zuletzt wegen der zu geringen Mittel für die Gebäudeunterhaltung den Haushalt 1993 abgelehnt.

Klaus Kraegeloh

Widerstand gegen Golfplatz wächst

Gegenwärtig läuft in Georgsmarienhütte eine Unterschriftenaktion die den Bau eines Golfplatzes in Harderberg verhindern soll.

Bekanntlich stoßen die Absichten der Betreiber vor allen Dingen deshalb auf Widerstand, weil der geplante Golfplatz in unmittelbarer Nähe des bisher einzigen Naturschutzgebietes in Georgsmarienhütte liegt. Die dortigen Orchideenvorkommen wären durch die Anlage eines Golfplatzes unmittelbar gefährdet.

Inzwischen ist auch vielen Bürgern unserer Stadt klargeworden, daß der Golfplatz eines der

schönsten Naherholungsgebiete unserer Stadt zerstören würde. Der Naturschutzbund Deutschland (Ortsgruppe GMHütte) hat bis jetzt über 200 Unterschriften gegen den Golfplatzbau und für eine Erweiterung des Naturschutzgebietes in Richtung der geplanten Golfanlage gesammelt. Parallel dazu sammelte der SPD-Ortsverein bisher auch über 200 Unterschriften gegen den Golfplatzbau und für den Erhalt des wichtigen Naherholungsgebietes für die Bevölkerung.

Ein Teil der Unterschriften wurde inzwischen dem Regierungspräsidenten übersandt. Dabei

wurde die Bezirksregierung auch auf die noch ausstehenden Pflegemaßnahmen der Orchideenwiese hingewiesen. In einem Schreiben vom 11. Januar weist der R.P. darauf hin, daß die angesprochenen Pflegemaßnahmen 1993 in einem Konzept mit der Unteren Naturschutzbehörde (Landkreis) abgestimmt werden. Die "gig" wird auf die Angelegenheit zurückkommen. Die Unterschriftenaktion wird fortgesetzt. Mitte Februar sollen die gesammelten Unterschriften der Stadt übergeben werden.

Klaus Kraegeloh

Sozialpolitik muß auf der politischen Tagesordnung nach oben rücken

Die jüngsten Forderungen von Kanzler Kohl machen deutlich, wohin die CDU marschiert, welche Gruppe sie für so stark hält, daß ihr zusätzliche Lasten aufgebürdet werden können: die Schwächsten in unserer Gesellschaft, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger!!! Dabei ist gerade die Sozialhilfe angelegt als Auffangnetz für Menschen, die in besondere Notlagen geraten sind.

Sozialabbau also zu Lasten der Schwächsten, während reiche Kapitalanleger nach Luxemburg pilgern, um sich einer Besteuerung zu entziehen! Hier muß die SPD Gegenakzente setzen. Sozialpolitik muß auf der politischen Tagesordnung nach oben rücken und dabei wird wichtig, daß eine *sozialdemokratische* Sozialpolitik erkennbar wird. Eine sozialdemokratische Sozialpolitik kann aber nach unserem Verständnis nur eine Sozialpolitik genannt werden, die sich durch Warmherzigkeit auszeichnet. In Zeiten eingeschränkter finanzieller Rahmenbedingungen wird es umso wichtiger wer-

den, für eine gerechte Verteilung von Einkommen, Arbeit und Wohnung zu kämpfen. Wenn Bundeskanzler Kohl den Sozialabbau zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft ankündigt, ist dies aber nicht nur beschämend und empörend, sondern zugleich gefährlich, da hier sozialer Sprengstoff produziert wird. Solange es nicht gelingt, soziale Härten abzubauen und die zweifellos vorhandene soziale Spaltung in Deutschland, so lange wird es einen guten Nährboden geben für Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, werden Sündenböcke und Feindbilder gesucht. Die Vorschläge des Bundeskanzlers überraschen aber nicht, sondern zeigen nur einmal mehr, wie die CDU die soziale Realität wahrnimmt. Auf eine Anfrage von Hans Jochen Vogel antwortet die CDU, daß es das Thema Armut eigentlich gar nicht gibt, daß die Lage von Armen verbessert und die zu beobachtende Armut kein Anlaß zu besonderen Anstrengungen sei. Dies ist entlarvend. Was nicht sein darf

und kann, das wird einfach ge-
leugnet:
Armut in Deutschland, d.h. Armut im Wohlstand.
Eine von der SPD einberufene Fachkonferenz hat inzwischen erschreckende Ergebnisse zu diesem Thema hervorgebracht. Hier gilt es Ursachen und Folgen von Armut aufzuzeigen und Strategien zur Bekämpfung zu entwickeln, denn Armut führt zur Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben, zu sozialen Benachteiligungen und zur Vereinsamung – macht letztendlich krank.
Es wird eine unserer zentralen Zukunftsaufgaben sein, für eine ausgewogene Politik der Gerechtigkeit und des Gleichgewichts zu sorgen, im Interesse der Schwächsten in unserer Gesellschaft, die keine eigene Lobby haben, aber auch im Interesse unserer Demokratie, für die es trotz Politikverdrossenheit und Politikerschelte keine realistische demokratische Alternative gibt.

Birgit Bornemann

Durchgangsverkehr im Stadtteil Malbergen

Nachdem in der Bürgerversammlung keine endgültige Lösung für das Problem gefunden werden konnte, ergibt sich folgende Möglichkeit:
Eine Schließung der Straße "Auf der Masch" bietet sich in Höhe der Bäckerei Schultze an (wie in der Skizze markiert). Die Anlieger aus dem westlichen und aus dem östlichen Teil von Malbergen haben somit die Möglichkeit,

sowohl die Bushaltestelle wie auch den Kindergartenbus zu erreichen. Außerdem können sie praktisch bis zum Schützenhaus bzw. zur Bäckerei Schultze kommen.
Der Durchgangsverkehr z.B. von Holzhausen nach Harderberg gelangt über den Malberger Weg und den neugestalteten Harderberger Weg am Ortsteil Malbergen vorbei.

Durch diese Maßnahmen ist gewährleistet, daß der immer weiter zunehmende Durchgangsverkehr durch Malbergen unterbunden wird. Geeignete Maßnahmen müßten aber auch noch geschaffen werden, um die Straße "Im Ährenfeld" von "Durchrasern" zu befreien.

Rudolf Glasmeyer

Inhalt:

Inhalt:	Seite
- Unterhaltung städtischer Gebäude kostet 14,5 Mio. DM	1
- Widerstand gegen Golfplatz wächst	
- Sozialpolitik muß auf der politischen Tagesordnung nach oben rücken	2
- Durchgangsverkehr im Stadtteil Malbergen	
- Global denken, kommunal handeln	3
- Kultur in GMHütte	4
- Erhalt des Klöckner-Werkes	
- GMHütte vor einer längeren finanziellen Durststrecke	5
- Das Kasino muß für Veranstaltungen erhalten bleiben!	
- Wieder keine Verhandlungsbasis geschaffen!	6
- Neue Beweglichkeit	
- Durchbruch in Sachen Ausländervertretung!	
- Thema: Stadtbibliothek	7
- Impressum	8
- Fußgängerzone in Oesede?	

Sperrung der Straße "Auf der Masch" in Höhe der Bäckerei Schultze. Für den Lieferverkehr können vor der Bäckerei Pfähle herausgenommen werden.

Global denken, kommunal handeln

An dieser Stelle sei ein kleiner Ausflug in die Internationale Politik erlaubt, die jedoch auch unsere Stadt betrifft. Die Ereignisse der letzten Monate haben einen Trend gezeigt, der sich auch im Abstimmungsverhalten der Dänen und Schweizer zur EG widerspiegelt. Viele Menschen haben in den immer komplexer werdenden internationalen Verbindungen den Halt verloren und sehnen sich nach kleinen, überschaubaren Strukturen. Das Schlagwort vom neuen Nationalismus macht die Runde. Doch wer die Entwicklungen der letzten Jahre und die aktuelle Politische Situation aufmerksam beobachtet, muß zu dem Ergebnis kommen, daß es kein Zurück mehr gibt in den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts. Die Globalen Vernetzungen und Abhängigkeiten sind inzwischen so vielfältig,

daß ein Gemeinwesen, das in sich selbst zurückzieht, in den wirtschaftlichen Ruin, und die politische Bedeutungslosigkeit stürzt. Das immer enger werdende Netz internationaler Zusammenhänge hat aber auch einen ganz entscheidenden Nebeneffekt. Der Satz, daß es niemanden interessiert, wenn "In China ein Sack Reis umfällt" hat keine Gültigkeit mehr. Es interessiert im übertragenden Sinne, sehr wohl. Die Menschheit steht vor einem Scheideweg, den sie nur gemeinsam bewältigen kann. Die ökologischen und ökonomischen Probleme eines einzelnen Staates können am Ende dieses Jahrhunderts andere nicht mehr kalt lassen. Hier besteht eine Verantwortungsgemeinschaft der Kommunen auf der ganzen Welt. Die Städte und Gemeinden haben die Aufgabe, gemeinsam neue Wege

zu beschreiten und die Verhältnisse auf unserem Planeten von der Basis her zu verändern. Die reichen Kommunen des Nordens müssen ihren ärmeren Partnern in den Entwicklungsländern bei der Umsetzung von Entwicklungsprojekten helfen. Das weltweite Klimabündnis und kommunale Entwicklungspartnerschaften sind hierbei vielversprechende Ansätze eine auf das Überleben der Menschheit gerichteten Globalen Verantwortungsgemeinschaft. Die Jusos wollen sich in nächster Zeit mit der Frage beschäftigen, was Georgsmarienhütte in diesem Zusammenhang tun kann. Jugendliche, die interesse haben sich mit diesem Thema zu beschäftigen sind hierzu herzlich eingeladen.
Kontaktperson: Michael Dreier
Telefon 4 07 35

Kultur in GMHütte – ein Thema der Klausurtagung der SPD-Fraktion in GMHütte

Ein Schwerpunktthema für den Arbeitskreis Kultur war u.a. "Paletti". Ist "Paletti" nötig? Warum gründet sich ein "Kunsterziehungsverein"? Bildet sich dort ein Verein, der "betuchten" Eltern eine weitere Möglichkeit bietet, ihren Kindern "mehr" zu bieten? Warum ist die Schule nicht in der Lage, Kunsterziehung und kreative Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten?

Entsteht hier nicht eine Konkurrenz zur allgemeinen Jugendarbeit?

H. Lücke, Kunsterzieher und

Vorsitzender von "Paletti", stellte sich solchen und ähnlichen kritischen Fragen im Arbeitskreis. Als Ergebnis der auch kontrovers geführten Diskussion bleibt festzuhalten: Freiräume für kreative Entfaltung sind heute wohl in der Schule nicht mehr möglich auf Grund der Stundenplanlage. Alternativen könnte und will "Paletti" bieten. Keine "straffen" Kurse, sondern Freiräume für entsprechende Wünsche stehen als Angebot. Im Programm der "Alten Wanne" wird "Paletti" ebenso auftauchen als auch in der

Gruppenarbeit des "Stadtjugendringes", so H. Lücke. Das eine "Selektion" von Kindern und Jugendlichen in Gruppen, die es sich leisten können oder nicht, vermieden werden sollte, ist als eine gesellschaftspolitische Aufgabe anzusehen. Es gilt, das Feld so vorzubereiten, daß alle Kinder und Jugendlichen das Angebot von "Paletti" wahrnehmen können, wenn sie es dann wünschen.

Friedel Timmermann

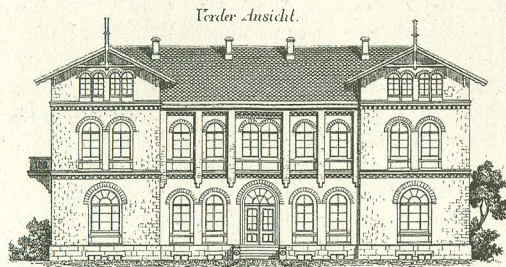
Erhalt des Klöckner-Werkes

Mit einschneidenden Maßnahmen, in erster Linie masivem Personalabbau, ist bei Klöckner GMHütte zu rechnen, wenn – wie zu erhoffen ist – das Vergleichsverfahren zustande kommt. Wie in politischen Kreisen zu erfahren ist, plant die Nieders. Landesregierung eine großzügige Unterstützung für die Umstellung auf das Elektroofenkonzept. Das ist nur zu begrüßen, weil damit einer der leistungs-

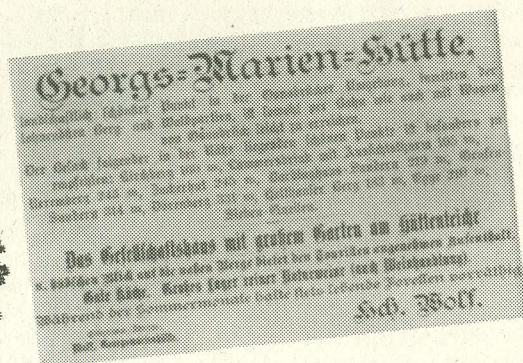
fähigsten Edestahlbetriebe Westeuropas erhalten bleibt. Aus unserer Sicht muß dabei aber zur Bedingung erhoben werden, daß Klöckner einen größeren Teil der brachliegenden Industrieflächen für die Neuansiedlung von Gewerbe und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung stellt. Diese Flächen sollten u.a. für die Verlagerung der Firma Wiemann bereitgestellt werden, denn sie blockiert mit ihren

Lärmimmissionen entscheidend eine Genehmigung zur Ausweitung des Ortskernes Oesede für den dringend erforderlichen Wohnflächenbedarf. Der Wohnungsfehlbedarf beträgt bis zum Jahre 2000 ca. 1400 Wohnungen. Die Stadt sollte alles daran setzen, in Hannover ihre Vorstellungen auf den Tisch zu legen.

Dieter Selige



Vorder Ansicht.



GMHütte steht vor einer längeren finanziellen Durststrecke

Trotz Einsparungen und Ausgabenumschichtungen erfolgt der Rückgang der Verschuldung der Stadt Georgsmarienhütte in Höhe von 84 Mio DM nur langsam. Von den beabsichtigten 3 Mio DM Schuldenabbau im Jahre 1992 blieben letztlich nur 2 Mio DM übrig. Dies war zudem nur möglich durch die Rückflüsse aus dem Verkauf des Krankenhauses. Die Verschuldung der Stadt ist nach wie vor eine schwere Belastung für die finanzpolitische Handlungsfähigkeit in der Zukunft. Das läßt sich deutlich ablesen an fehlenden Mitteln für die Unterhaltung der Schulgebäude, der Straßen und des Kasinos, um nur einige zu nennen.

Das gesamte Ausmaß der Entwicklung läßt sich allerdings erst richtig erkennen, wenn man die zukünftigen neuen Lasten, die uns von Bund, Land und Kreis aufgebürdet werden, berücksichtigt.

Bund, Länder, Gemeinden, die diversen Schattenhaushalte, die Treuhandanstalt sowie die Reichs- und Bundesbahn werden von 1992 bis 1995 einen zusätzlichen Schuldenberg von annähernd 850 Milliarden DM anhäufen. Dies sind fast 210 Milliarden DM pro Jahr.

Die Gesamtverschuldung erreicht damit einen Stand von 2.100 Milliarden DM. Unterstellt man einen Zinssatz von 8%, liegt die

jährliche Zinsleistung bei 170 Milliarden DM. Jede siebte Mark, die die öffentliche Hand ausgibt, dient der Zinszahlung und ist damit einer politischen Aufgabengestaltung entzogen. Mit jedem 1/10 Prozentpunkt, um den die Zinsen steigen oder fallen, verändern sich die Zinsausgaben um gut 2 Milliarden DM. Angesichts der Verschuldungssituation kann nur die Devise lauten: Sparen und Abbau von Subventionen. Die politischen Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Vergangenheit lassen sich leider anders nicht aufarbeiten.

Dieter Selige

Das Kasino muß für Veranstaltungen erhalten bleiben!

Diese Werbeanzeige, liebe Bürgerinnen und Bürger, fand ich in dem von den Herren Beermann/Görbing herausgegebenen Buch "Die Hütte". Gemeint ist unser heutiges Kasino. 1872/73 erbaut, war es über Jahrzehnte Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Leben in der Hüttenstadt. Der große Festsaal mit Bühne gab schon damals und bis vor kurzem vielen Vereinen und Gruppen die Möglichkeit, hier ihre Feste und Jubiläen zu veranstalten.

In den oberen Stockwerken befanden sich die Fremdenzimmer. Hinter dem Haus, herrlich eingefügt unter großen Kastanien und Linden, lag eine große Terrasse. Diese bot den zahlreichen Besuchern oder Wanderern nebst einer Freiluftkegelbahn ei-

nen schönen Aufenthalt in den Sommermonaten.

Durch mehrere Umbauten in den Jahren 1923 und 1951 bekam das "Kasino-Hotel" ein anderes Gesicht. Lange Zeit unter der Regie der Firma Klöckner wechselte es vor drei Jahren den Besitzer. Die Stadt Georgsmarienhütte wurde neuer Eigentümer. Das war seinerzeit auch ein Beitrag zur Rettung der Georgsmarienhütte. Das ehemalige Gesellschaftshaus wurde vorübergehend zum Verwaltungsgebäude.

Nach dem Auszug der Stadtverwaltung in das neue Rathaus in Oesede wartet das Kasino nun darauf, seine eigentliche Funktion wieder aufzunehmen. Es soll wieder für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Auf keinen Fall darf dieses historische

Gebäude dem Bagger zum Opfer fallen. Die SPD setzt ein entschiedenes NEIN gegen den Abriß, wie er besonders von Mitgliedern der FDP gefordert wurde. Wir brauchen dieses Gebäude, um nicht noch mehr Großveranstaltungen in Sporthallen stattfinden zu lassen. Wir sind uns im klaren darüber, daß der Erhalt viel Geld kosten wird. Wir glauben auch, daß nur eine grünliche Renovierung einen Betreiber für Saal und Bewirtung anlocken kann. Vielleicht sollte man auch einmal den Gedanken durchdenken, daß eine neue Veranstaltungshalle sehr viel mehr Geld kosten würde. So aber hätten wir beides: das historische Gebäude erhalten und gleichzeitig ein Veranstaltungshaus geschaffen.

Karin Samarowski

Wieder keine Verhandlungsbasis geschaffen!

In der letzten Ratssitzung (16.12.1992) wurde der Haushaltsplan 1993 für die Stadt Georgsmarienhütte beraten und mit den Stimmen der F.D.P./CDU - Einstimmen - Mehrheitsgruppe beschlossen.

Besonders enttäuschend war die Haltung der Mehrheitsgruppe zum Thema öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV).

Um eine Verhandlungsbasis für die Gespräche mit den Stadtwerken Osnabrück für die Bereitstellung des Umwelt-Abo's auch für

Holzhauser/Malberger zu schaffen; beantragten wir – SPD Fraktion – die Einplanung von 100.000 DM.

Ich denke, viele Holzhauser und Malberger würden das Umwelt-Abo kaufen, wenn es denn zur Verfügung stünde. Durch die Ausweitung der Linie 7 bis Holzhausen/Malbergen wurde der erste Schritt in die richtige Richtung gemacht. Doch warum folgt nicht der zweite – längst fällige – Schritt? Das Busangebot wird doch angenommen und bei

Neue Beweglichkeit

Die "autogerechte Stadt" stößt an ihre Grenzen. Der explosionsartig gewachsene Automobilverkehr kommt im typischen Spitzenzeiten-Stau auf den Straßen in, von und nach Osnabrück teilweise zum Stillstand. Die damit verbundenen Abgaswolken finden immer mehr Anwohner un-

erträglich.

Eine Umkehr der bisherigen Verkehrsplanung in Richtung "menschenfreundliche Stadt" ist aber machbar!

Für Georgsmarienhütte sind deshalb unsere Forderungen, eine Verkehrsberuhigung der Oeseder Straße, eine wirkungsvolle För-

Durchbruch in Sachen Ausländervertretung!

In einem wichtigen Anliegen der SPD, das seit Jahren in GMHütte immer wieder ohne Erfolg vertreten wurde, ist jetzt endlich ein deutlicher Schritt nach vorn zu verzeichnen:

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung im alten Jahr bei einer Gegenstimme einem von allen Fraktionen gemeinsam vorgelegten Antrag zugestimmt, eine Vertretung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Stadt Georgsmarienhütte ("Runder Tisch") einzurichten!

Nach langwierigen Auseinandersetzungen ist ein Ansatz erzielt worden, der bei engagierter Nutzung zu einem guten Ergebnis gebracht werden kann.

Die Vertretung, der 5 ausländische Mitbürger(innen) und 4

Mitglieder aus den Reihen des Rates bzw. der hinzugewählten Ausschußmitglieder – jeweils mit Stimmrecht – sowie 2 Mitglieder der Stadtverwaltung – ohne Stimmrecht – angehören sollen, hat die Aufgabe, die Interessen der ausländischen Mitbürger(innen) im weitesten Sinne zu vertreten und bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode ein Konzept für eine Ausländervertretung zu erarbeiten.

Der "Runde Tisch" muß zu allen Tagesordnungspunkten in den zuständigen Ausschüssen gehört werden, die auch Probleme ausländischer Mitbürger(innen) betreffen.

Es muß jetzt möglichst zügig dieser "Runde Tisch" besetzt werden, damit er mit seiner Arbeit

Schaffung von günstigen Tarifen (Umwelt-Abo mtl. 38 DM) kann ich mir vorstellen, daß noch viel mehr Personen als bisher von der Möglichkeit streßfreier nach Osnabrück zu gelangen, Gebrauch machen würden.

Doch so ist das Thema erstmal wieder von der F.D.P./CDU-Gruppe auf die lange Bank geschoben und wir ärgern uns weiter über hohe Tarife und Staus auf unserem Weg nach Osnabrück.

Rainer Hügelmeyer

derung des ÖPNV – mit einer deutlichen Verbesserung durch Vertaktung- und eine Fahrradfreundliche Verkehrsplanung. Dies sind keine Utopien sondern umsetzbare Konzepte für eine "Stadt zum Wohlfühlen" – für unsere "Stadt im Grünen".

Roswitha Bunte

beginnen und seine Funktion als Anlaufstelle für ausländische Mitbürger(innen) aufnehmen kann.

Die SPD erhofft sich von dieser Einrichtung eine allmähliche Einbeziehung und Einbindung der ausländischen Mitbürger(innen) in die Gestaltung der Kommunalpolitik und damit nach und nach eine angemessene Berücksichtigung ihrer legitimen Interessen. So könnte der "Runde Tisch" dazu führen, daß Deutsche und die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten in unserer Stadt mehr und mehr zusammenleben statt nebeneinander.

Das wird davon abhängen, was beide Seiten aus diesem Ansatz machen! Peter Kreipe

Thema: Stadtbibliothek

Das kath. Pfarramt Peter und Paul und die Stadt GMHütte führen seit einiger Zeit Gespräche über die zukünftige Entwicklung der Stadtbibliothek.

Worum geht es?

1. Die Räumlichkeiten, in denen die Hauptstelle untergebracht ist, reichen a) nicht mehr aus, und b) die Bausubstanz ist unzureichend und bedarf dringend der Reparatur.

Die Vertragliche Vereinbarung zwischen dem Träger der Stadtbibliothek (der kath. Kirchengemeinde Peter und Paul) und der Stadt GMHütte soll (muß) auf Wunsch der Kirchengemeinde verändert werden. Klartext: die kath. Kirchengemeinde ist nicht mehr in der Lage, den vereinbarten finanziellen Zuschuß zu zahlen. (Das Bistum Osnabrück, das die Kirchengemeinde finanziell unterstützt, muß erhebliche Mittel für die Förderung von Kirchengemeinden in den neuen Bundesländern aufbringen)

Doch zunächst einige Zahlen. Nach dem 1979 geschlossenen Vertrag zahlt die Kirchengemeinde z.Zt. 1/3 und die Stadt 2/3 der Betriebskosten der Stadtbibliothek. Nach Vorstellungen des Bistums Osnabrück soll der Vertrag wie folgt verändert werden: 1993/94 wie gehabt 1995 Kirchengemeinde zahlt Zuschuß wie 1994

1996 Zuschuß der Kirchengemeinde in Form einer Zwischenregelung

1997 Zuschuß der Kirchengemeinde in Höhe von 20.000DM im Jahr.

Zur Zeit zahlt die Stadt GMHütte einen Zuschuß von 170.000 DM umgerechnet auf das Jahr 1997 – bei annähernd gleichem Zuschußbedarf, würde die Stadt GMHütte einen Zuschuß von 235.000 DM zu zahlen haben. In Prozenten: ca. 90%

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Räumlichkeiten nicht ausreichen und sie auch reparaturbedürftig sind. Untersuchungen haben ergeben, daß eine Reparatur zu kostenaufwendig ist. Die kath. Kirchengemeinde hat daher eine andere Konzeption entwickelt: Neubau der Hauptstelle an gleicher Stelle einschließlich der Errichtung von Altenwohnungen in den Obergeschossen.

Die Miete für die Räume der Stadtbibliothek müßte die Stadt übernehmen. Diese Kosten würden den laufenden Betriebskosten zuzuschlagen sein, so daß unter dem Strich die Stadt GMHütte ca. 95% der Gesamtkosten aufzubringen hätte.

Gleichzeitig möchte aber die kath. Kirchengemeinde weiterhin die Trägerschaft beibehalten. Das heißt konkret, das auch der §3 der Vereinbarung zum Tragen kommt:

"Die Auswahl der anzuschaffenden Bücher und des Büchereipersonals der Stadtbibliothek obliegt

dem Träger"

Zwar gibt es einen Büchereibeirat, dem Vertreter der Stadt und Vertreter der Nebenstellen der Stadtbibliothek (Büchereien u.a. Alt-GMHütte, Holzhausen, Hardeberg, Kloster Oesede) angehören, aber dieser Beirat hat nur beratende Funktion.

Fazit:

Die Kosten für die Stadt werden erheblich steigen. Da ist es selbstverständlich, daß sich die Stadt bemüht, andere Institutionen, Gremien usw. zu gewinnen, um sie zu bewegen, sich an den Kosten zu beteiligen, wobei ihnen natürlich ein Mitspracherecht eingeräumt werden muß.

Als ungewöhnlich muß man das Anliegen der kath. Kirchengemeinde bezeichnen, die Trägerschaft behalten zu wollen, aber nur noch ca. 5% der Kosten zu tragen.

Mit dieser Regelung kann sich die SPD-Fraktion nicht einverstanden erklären.

Zum Schluß, aber nicht zuletzt, gebührt der Leiterin der Stadtbibliothek mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und den vielen ehrenamtlichen Kräften Lob und Anerkennung für die hervorragend geführte Bücherei und den selbstlosen Einsatz. Abzulesen ist der Erfolg an den stetig steigenden Ausleihen: 1989 - 68.000, 1990 - 82.000, 1991 - 125.000 und 1992 - 140.000. Eine beachtliche Leistung!

Helmut Stahlmann

Impressum:

Herausgeber:
SPD-Ortsverein
GMHütte

Redaktion:
Klaus Kraegeloh
Fasanenweg 21
(zugleich verantwortlich im Sinne
des Pressegesetzes)

Satz und Druck:
WAO-
Werbeatelier Osnabrück
Averdieckstraße 4
4500 Osnabrück

Auflage: 11.000 Stück

Fußgängerzone in Oesede?

Ein Reizthema ist die Fußgängerzone im Stadtzentrum in Oesede. Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm 1991 die Schaffung einer verkehrsberuhigten Zone in der ersten Phase und die Umgestaltung zur Fußgängerzone in langfristiger Sicht gefordert.

Im Verkehrskonzept, daß im Herbst dem Bau- und Verkehrsausschuß vorgelegt wurde, wird vorgeschlagen, in der ersten Ausbaustufe zwischen Schoonebeckstraße und L 95 eine Fußgängerzone zu schaffen.

Die Sprecher der Geschäftsleute lehnen sowohl die verkehrsberuhigte Zone wie auch ein Fußgängerzone kategorisch ab.

Die SPD schlägt deshalb einen Kompromiß vor: Noch in 1993 wird zwischen L95 und Schoonebeckstraße eine *verkehrsberuhigte Zone* gebildet, in der Fuß-

gänger, Radfahrer und Autos gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer sind. *Dies bedeutet, daß weiterhin jede(r) mit dem Auto in und durch die Oeseder Straße fahren kann.*

Mit den Erfahrungen aus dem ersten Teilstück wird die verkehrsberuhigte Zone Anfang 1994 ausgedehnt bis zum Sandweg, Sommer 1994 bis zur Feuerstätte.

Bis dahin werden dann die Bedingungen hinsichtlich der Geschäftssituation und der Tankstelle so weit geklärt sein, daß 1996 auch der restliche Teil verkehrsberuhigt werden kann.

Nach der Kommunalwahl 1996 kann dann – je nach den Mehrheitsverhältnissen – Stück für Stück die Fußgängerzone von der Kirche Richtung Süden ausgebaut werden.

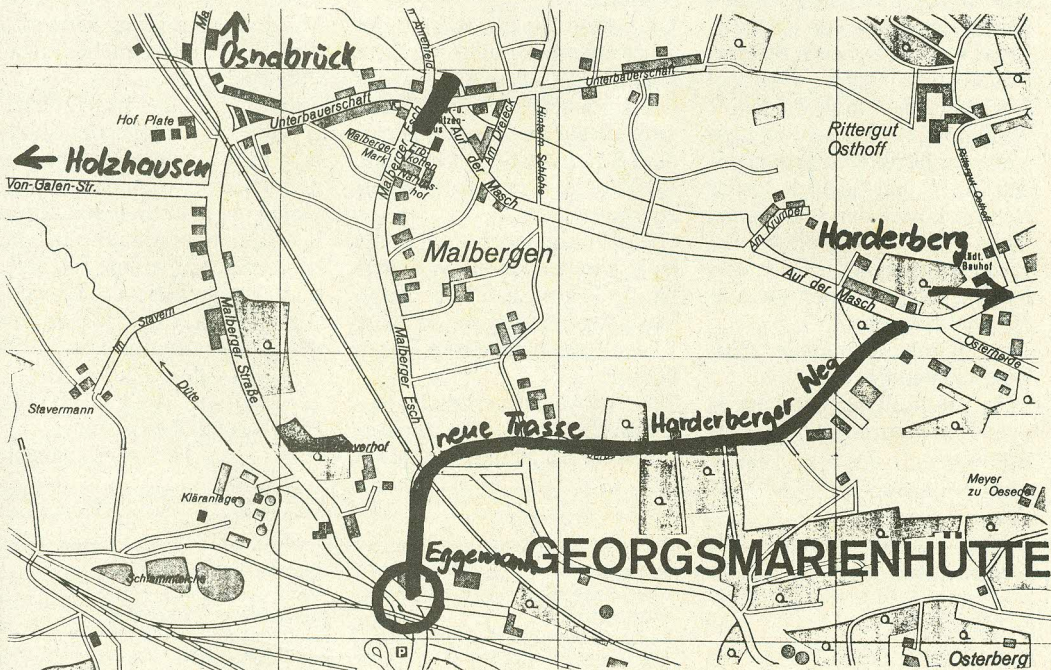
Vorteil dieses Verfahrens ist die

volle Berücksichtigung der Interessen der Geschäftsleute, die ohne Autos um ihren Umsatz fürchten.

Sollte ein derartiger Kompromiß nicht möglich sein, also die Interessen von Kindern, Radfahrern, Fußgängern, Senioren, Familien und der *Wohnbevölkerung* weiterhin in Oesede-Mitte keine Berücksichtigung finden – außer als zahlungswillige Konsumenten – müssen Mehrheiten im Rat über die Oeseder Straße entscheiden (und dies auch verantworten!).

Unerfindlich bleibt im übrigen, warum die Sprecher der Geschäftsleute nicht die Chance einer verkehrsberuhigten Straße erkennen, die Autoanfahrten ermöglicht und dennoch attraktiv, weil sicher, für Fußgänger bleibt!

Rainer Korte



Ausbau des Harterberger Weges; Sperrung der Straße "Auf der Masch"; Neue Anbindung bei Eggemann